

werden bei allen Schweizerischen Postämtern, sowie beim Verlag und dessen bekannten Agenten entgegengenommen, und zwar zum voraus zahlbaren Vierteljahresspreis von: Nr. 2. — für die Schweiz (Kreuzband) Nr. 3. — für Deutschland (Gouvert) R. 1.70 für Oesterreich (Gouvert) Nr. 2.00 für alle übrigen Länder des Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate

die vorerwähnte Zeitstelle 25 Gt. — 20 Pfg.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Erscheint wöchentlich einmal in Zürich (Schweiz). Verlag der Wolfenbücheler-Verlagsanstalt in Göttingen-Zürich. Postsendungen franco gegen frantschweizerische Briefe nach der Schweiz kosten Doppelpost.

Nr. 29.

Donnerstag, 16. Juli

1885.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, begn. verfolgt wird und der dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns auch unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzulassen, so ist die Zurechte Vorkehrung im Postverkehr nachweislich und darf keine Rücksichtnahme darauf werden, die Briefmarken über den wahren Empfänger und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu klären, und letztere dadurch zu schätzen. Quasi-Postamt ist hierzu einzuweisen, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“ resp. dessen Verlag selbst abzusenden, sondern sich möglichst an irgend eine unverdächtige Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch ein möglichst unverdächtige Zustellungsadresse mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich behufs größerer Sicherheit Rücksendung. Sollte es uns nicht möglich sein, so wird man sich nach einem anderen, wie auch immer geeigneten, aber nicht abweisenden Schweizerischen den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Einen lichten Augenblick

hatten die Verfasser des „Jahresberichtes der Handels- und Gewerbekammer für Oberbayern für das Jahr 1884“, als sie anlässlich der gesteigerten Produktion schrieben:

„Allerdings war in der Regel das quantitative Ergebnis der Produktion günstiger als das qualitative. Zahlreiche Branchen sind mit dem erzielten Umsatz zufrieden, klagen aber, daß die gedrückten Preise keinen entsprechenden Gewinn übrig lassen. Das Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion wird beinahe von jeder Geschäftsbranche schwer empfunden. Die Preise der Rohstoffe wie der Fabrikate sind in fortwährendem Sinken begriffen und haben teilweise den niedrigsten Stand des Jahres erreicht.“

„Das Vorhandensein einer weitverbreiteten Ueberproduktion ist ebenförmig zu bestritten als die Thatsache, daß es sich hier um eine von der modernen Wirtschaftsordnung unzertrennliche Erscheinung handelt und ein allgemein befriedigendes Heilmittel wohl schwerlich so bald gefunden werden wird.“

Das Wort „qualitativ“ zu Anfang des Zitats ist in etwas ungewöhnlichem Sinne gebraucht; es soll nicht heißen, daß die Qualität, d. h. die Güte, der produzierten Waaren eine mangelhafte gewesen sei, sondern daß die Produzenten keine guten Geschäfte gemacht, mit anderen Worten nicht die erwünschten Profite gehabt haben.

Wer haben also hier die von der Sozialdemokratie seit mehr als einem Jahrzehnt in der Presse und im Reichstag wieder und wieder behauptete, von unseren Gegnern aber stets heftig bestrittene Thatsache zugestanden, daß in der modernen Industrie ein „Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion“ besteht — ein Mißverhältnis, welches seinen Grund darin hat, daß es den Volksmassen an den zum Kauf der notwendigsten Produkte nötigen Mitteln fehlt.

Wegen des Ausdrucks „Ueberproduktion“ wollen wir mit den Verfassern des Jahresberichtes nicht rechten. Sie haben offenbar nicht sagen wollen, es würde überhaupt positiv viel produziert, sondern bloß relativ, in Folge des „Mißverhältnisses zwischen Produktion und Konsumtion.“

Und wenn die Verfasser sagen, es handle sich hier um eine „von der modernen Wirtschaftsordnung unzertrennliche Erscheinung“, so haben sie entschieden den Nagel auf den Kopf getroffen.

Sie scheinen allerdings anzunehmen, „die moderne Wirtschaftsordnung sei ewig, und folglich gebe es absolut keine Abhilfe für das „Mißverhältnis zwischen Produktion und Konsumtion“ — indeß auch in Bezug auf diesen Punkt wollen wir mit den Verfassern nicht rechten; sie haben uns durch ihr Zugeständnis gar sehr erfreut.

Und sie machen noch weitere interessante und werthvolle Zugeständnisse. Nämlich daß die Löhne trotz des Steigens der Produktion in langsamem Sinken begriffen sind,

und daß die Proletarisierung des Volkes stetig voranschreitet, weil der Kleinbetrieb mit dem Großbetrieb nicht konkurriren kann.

Da wäre denn so ziemlich Alles zugestanden, was bis vor Kurzem noch als sozialdemokratische Kezerei in Acht und Bann gethan war.

Die „Segnungen“ der modernen Industrie und Wirtschaftsordnung kommen nicht den Volksmassen zu Gute. Unaufhörlich vermehrt sich die Produktion und wächst auch der sogenannte Nationalreichtum, aber den Vortheil hat nur ein kleiner Theil der Bevölkerung. „Günstige Urtheile über die Ergebnisse des Jahres 1884“ — schreiben die Verfasser unseres Berichtes — „stammen mehr aus den Kreisen der Großindustrie, während es hauptsächlich die handwerksmäßigen Gewerbe sind, welche über ungünstige Ergebnisse klagen.“ Mit anderen Worten: die Kleinen können die Konkurrenz mit den Großen nicht aushalten und werden im Kampf ums Dasein von ihnen verschlungen.

Einige Wenige bereichern sich; d. h. die Besitzer der vollkommenen und komplizierten Arbeitsinstrumente, mit denen allein heute noch erfolgreich produziert werden kann: die Großproduzenten und Großkapitalisten. Der Rest ist oder wird Proletariat.

Da nun aber die Besitzer der Arbeitsinstrumente dieselben nicht rasten und ruhen lassen können, ohne der Vortheile, die sie ihnen bieten, verlustig zu gehen, so wird der in die Taschen dieser Monopolisten fließende „Mehrwerth“ zur Steigerung der Produktion verwendet: die Maschinen werden

immer mehr vervollkommt, die Arbeit wird immer intensiver und produktiver — kurz riesige Steigerung der Produktion. Und auf der anderen Seite ein proletarisirtes Volk, das nicht kaufen kann, das, tantalugleich, inmitten der „Ueberproduktion“ und des Ueberflusses hungern, frieren und darben muß!

Mittel der Abhilfe geben die Verfasser des Berichtes nicht an. Wie schon gesagt, sie scheinen an die Ewigkeit der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung zu glauben. Das „allgemein befriedigende Heilmittel“, von welchem sie reden, wird allerdings „schwerlich so bald gefunden“ werden, denn ein „allgemein befriedigendes Heilmittel“ ist ihnen ein solches, welches die heutigen Gewalthaber, die herrschenden Klassen, die Monopolisten der Arbeitsinstrumente, befriedigt und im Wesentlichen die Fortdauer der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung sichert.

Und dieses Heilmittel ist niemals zu finden, aus dem einfachen Grunde, weil es ein Widersinn, eine Unmöglichkeit ist, ohne Beseitigung der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung Uebelstände zu beseitigen, die in dem Wesen dieser Wirtschaftsordnung begründet sind.

Auch in anderen Handelskammerberichten finden wir werthvolle Zugeständnisse. So lesen wir z. B. im Bericht der Kieler Handelskammer:

„Der Geldmarkt stand das ganze Jahr (1884) unter den Einwirkungen namhafter Kapitalanhäufungen — eine Erscheinung, die wesentlich in dem Mangel an gewinnbringenden Unternehmungen und in der entnuthigten Unternehmungslust ihre Erklärung findet.“

Das heißt: trotz der vermehrten Produktion und „Ueberproduktion“, über die auch in diesem Berichte auf jeder Seite gelaugt wird, haben die Kapitalisten sich verhalten in einzelnen Taschen und in den Banken aufgehäuft, daß in allen Kulturländern ein embarras de richesses im wörtlichen Sinne stattfindet und Kapitalien zu 2 und 3 Prozent vergeblich angeboten werden.

Und neben diesem „noch nicht dagewesenen“ Ueberfluß auf der einen Seite konstatirt auf der anderen die Kieler Handelskammer Vorkühnabsehungen — wachsenden Nothstand. So ist unsere herrliche Mustergesellschaft auf dem besten Wege, buchstäblich in ihrem Golde zu erstickern, — und das ist noch das Beste, was sie thun kann, denn sonst müßten die arbeitenden Millionen Hungers sterben.

Wir sehen, die Zeichen des Unterganges häufen sich; auch die Bourgeoisie erblickt das dräuende Mene Tekel. Sie kann es noch nicht entziffern, aber sie wird das schon lernen.

Vesazars stolze Feste ist dem Verderben geweiht, das Heer, welches beim Grauen des Tages siegreich heranstürmen wird, lauert gerüstet hinter der morschen Mauer.

Zur Erläuterung des sozialistischen Programms.

IV.

Das Programm der deutschen Sozialdemokratie enthält in seinem ersten, die Grundprinzipien der Partei zusammenfassenden Theil folgenden Satz:

„Die Befreiung der Arbeit erfordert die Verwandlung der Arbeitsmittel in Gemeingut der Gesellschaft und die genossenschaftliche Regelung der Gesamtarbeit mit gemeinsamer Verwendung und gerechter Vertheilung des Arbeitsertrages.“

Wir werden auf keinen Widerspruch stoßen, wenn wir diesen Satz als den Kernpunkt des sozialistischen Programms hinstellen. Er ist es, der dem Gegenseiter der sozialistischen zur bürgerlichen Produktionsweise am schärfsten Ausdruck gibt, und er ist es deshalb, an dem die gegnerische Kritik, soweit sie überhaupt ernsthaft zu nehmen ist, in der Regel einzusetzen pflegt. Es ist daher wohl nicht überflüssig gewesen, wenn in den vorhergehenden Artikeln in gedrängter Darstellung einige Erläuterungen gegeben wurden, welche sowohl die Begründung jenes Satzes betreffen, als auch die Tragweite und die Art der Durchführung der ihm zu Grunde liegenden Forderung.

Was die letztere anbetrifft, so hat man mit einem gewissen Schein von Berechtigung unserem Programm den Vorwurf der Zweideutigkeit gemacht. Man hat es bemängelt, daß es in demselben an einer bestimmten Erklärung fehlt, wie wir Sozialisten und diese Umwandlung der Produktionsmittel in Gemeingut der Gesellschaft vorstellen, und hat das Fehlen dieser Erklärung und entweder als Feigheit angerechnet oder als ein indirektes Zugeständnis betrachtet, daß wir selbst nicht den Weg anzugeben wüßten, wie zu unserem Ziele zu gelangen.

Wir könnten nun zwar in Erwiderung hierauf auf den Satz in unserem Programm hinweisen, in welchem, „um die Lösung der sozialen Frage anzubahnen, die Errichtung von sozialistischen Produktionsgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volkes gefordert wird.“ Der Zusatz zu diesem Passus aber: „Die Produktionsgenossenschaften sind für Industrie und Ackerbau in folgendem Umfang in's Leben zu rufen, daß aus ihnen die sozialistische Organisation der Gesamtarbeit entsteht“, würde diesen Hinweis als eine bloße Ausflucht erscheinen lassen. Denn es bliebe immer noch die Frage zu erörtern, auf welchem Wege soll eben diese umfangreiche Einrichtung von Produktionsgenossenschaften vor sich gehen?

Daß das nicht auf dem Wege bloßer Kreditgewährung geschehen kann, darüber ist heute, in der Zeit der beständigen Geschäftskrisen, wohl kein Genosse mehr im Zweifel. Proudhon und die ganze Schule der kleinbürgerlichen Sozialisten konnten sich allenfalls einbilden, die soziale Frage durch bloße Kreditoperationen irgend welcher Art lösen zu können, der moderne wissenschaftliche Sozialismus ist über diese Illusion längst hinaus. Bei dem heutigen Stande der Industrie, und namentlich derjenigen Zweige, welche infolge ihrer Entwicklung der Sozialstruktur am nächsten gerückt sind, wäre die Einrichtung von Produktionsgenossenschaften neben den bestehenden Establishments die denkbar ungewaltigste Maßregel. Nicht die Vermehrung der Konkurrenz, die Regelung oder besser ausgedrückt, die Aufhebung derselben ist notwendig, um die Uebel des heutigen Zustandes der Dinge zu beseitigen; und wenn die organisierte Gesellschaft sich entschließt, selbst einzugreifen, um die heutige mörderische Konkurrenz aufzuheben, so wird sie nicht so thöricht sein, dieses Resultat durch Vermehrung der Konkurrenz erzielen zu wollen, sondern sie wird sich, will sie rationell vorgehen, zu dem Mittel entschließen müssen, welches direkt bewirkt, was die künstliche Steigerung der Konkurrenz, selbst im günstigsten Falle, nur durch ungeheure Vergrößerung von Produktionskräften indirekt erreicht: zur Expropriation.

Das Wort ist heraus, das fürchterliche Wort, bei dessen Nennung der ehrsame Bürgermann entsetzt aufspringt, als wolle man ihm das Daus über dem Kopf abtrennen.

Man will uns unser Eigenthum nehmen? Das heilige Eigenthum, an welchem unser Fleisch und Blut lebt? Was uns so unendlich viel Mühe gekostet, bis wir es unser eigen nennen durften, davon will man uns jetzt enteignen? Das ist Gewalt, das ist Raub, das ist das schrecklichste Unrecht, welches je begangen worden ist!

Die Sozialdemokratie darf sich durch solche und ähnliche Reden und Redensarten nicht abhalten lassen, rückhaltlos das zu verkünden, was sie für recht und notwendig hält. Je offener sie mit der Sprache herauskommt, um so mehr zwingt sie die Gegner zur Diskussion. Und nicht wir sind es, welche die Erörterung über die Nothwendigkeit und die Rechtmäßigkeit der sozialistischen Expropriation zu fürchten haben.

Es ist daher sicher als ein großer Fortschritt zu bezeichnen, wenn die französische Arbeiterpartei den Grundgedanken der gesellschaftlichen Expropriation seinerzeit an die Spitze ihres Programms gestellt hat. Sie hat damit gezeigt, daß sie mit allen kleinbürgerlichen Vorurtheilen, die noch zur Zeit der Pariser Kommune einen so großen Einfluß ausgeübt, total gebrochen hat.

In der That, man kann nicht klarer und rückhaltloser sprechen, als das 1880 in Havre beschlossene Programm:

„In Erwägung, daß die Emancipation der produktiven Klasse die aller menschlichen Wesen ohne Unterschied der Rasse und des Geschlechtes ist; daß die Produzenten (d. h. die Arbeiterklasse) solange nicht frei sind, als sie nicht Besitzer der Produktionsmittel (Grund und Boden, Werkstätten, Schiffe, Banken etc.) sind; daß es nur zwei Formen gibt, unter denen die Produktionsmittel ihnen gehören können:

1) die individuelle Form, die niemals als allgemeine Thatsache bestanden hat, und die durch den Fortschritt der Industrie immer mehr ausgemerzt wird; 2) die kollektive Form, deren materielle und intellektuelle Elemente durch die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft selbst herausgebildet worden, —

erklären die französischen Sozialisten als Ziel ihrer Bestrebungen die politische und wirtschaftliche Expropriation der Klasse der Kapitalisten und die Wiedereingeführung aller Produktionsmittel in den Besitz der Gesamtheit.“

In unserem deutschen Parteiprogramm ist das Wort Expropriation nicht ausgesprochen, daß ihm aber der Gedanke derselben zu Grunde liegt, beweist ein Blick auf unsere Parteiliteratur. Kein Sozialist, der nicht den klassischen Satz aus dem „Kapital“ voll und ganz unterschreibt: „Die Konzentration der Produktionsmittel und die Vergeßlichkeit der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie untragbar wird mit ihrer kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigenthums schlägt. Die Expropriateure werden expropriirt.“ Wenn also auch das Philisterrgeschrei über die Berruchtheit solcher Bestrebungen und Sozialisten nicht beirrt, so verfehlt es doch nie seine Wirkung auf das große Publikum.

Wir können daher nicht genug thun, in diesem Punkte Klarheit zu verbreiten, in einer Jedermann verständlichen Sprache zu zeigen, wie die Forderung der Expropriation des kapitalistischen Eigenthums ebenso notwendig wie gerecht ist, und wie die Expropriation überhaupt keineswegs etwas so Unerhörtes ist, als unsere Gegner zu behaupten ließe.

Sehr gut ist unserer Erachtens diese Aufgabe von Guesde und Lafargue in ihrer Broschüre: „Das Programm der Arbeiterpartei“ gelöst, aus der wir in verschiedenen Nummern unseres Blattes (vergl. Nr. 1 vom Jahre 1883 und die vorhergehenden Artikel in Nr. 19—21 vom Jahre 1885) einzelne Kapitel auszugswise zum Abdruck gebracht haben. Es bleiben uns nur noch wenige Erörterungen übrig.

Wissenschaft und Utopie.

Der wissenschaftliche Sozialismus hat es stets deutlich und offen erklärt, daß er es verschmäht, Rezepte für die Carlücke der Zukunft zu verschreiben. Er überläßt das Abfassen sozialer Rezepte dem Charlatanismus und Utopismus.“ Damit weist der Anti-Schäffle der „Neuen Zeit“ in Heft 3 d. J. den von Schäffle in der „Ausichtslosigkeit“ gegen den Sozialismus erhobenen Vorwurf zurück, daß der Sozialismus nur stark sei in der Kritik der bestehenden Gesellschaftsorganisation, wogegen er sich über die Gestaltung der sozialistischen Gesellschaftsordnung noch niemals ausgesprochen habe, daß der sozialistischen Negation der Gegenwart die positive Ergänzung fehle. Der Anti-Schäffle führt dann den Unterschied zwischen dem wissenschaftlichen und dem utopischen Sozialismus des Höheren aus und meint, der wissenschaftliche beschränke sich darauf, die Thatsachen der bisherigen historischen Entwicklung zu erkennen

*) Damit soll natürlich nicht gesagt sein, daß die Gestaltung des Kreditwesens für die Emancipation der arbeitenden Klasse ganz bedeutungslos sei.

**) Expropriiren = enteignen.

***) Le Programme du Parti Ouvrier. Paris, H. Oriol & Cie.

und ihre Gesetze zu begreifen. Auf Grund dieser Erkenntnis sehe er dann, welche der heutigen Einrichtungen und Kräfte Keime einer höheren Entwicklung enthielten und welche im Absterben und der Entwicklung hinderlich wären, jene habe er zu fördern, diese zu bekämpfen. Voilà tout. Positive Vorschläge für weitere Zeit hinaus habe er nicht zu machen. Dieses letztere Charakteristik eben den utopischen Sozialismus, welcher die Entwicklung der Gesellschaft zu leiten sucht, wogegen der wissenschaftliche sich darauf beschränkt, sie zu verstehen. Mit andern Worten: der wissenschaftliche Sozialismus sucht mit verdrängten Armen da und macht sich das Vergnügen, historisch-analytische Betrachtungen über die soziale Kulturentwicklung anzustellen, und nur insofern ist er auch positiv, als er sich herabläßt, dem Proletariat Rats zu geben, welche Momente der bestehenden sozialen Einrichtungen ihm förderlich und welche ihm hinderlich seien. Jedes positive Programm eines Zukunftsaufbaus aber sei Utopie. „Der Klassenkampf entwickelt aus sich selbst diejenigen Einrichtungen, deren das Proletariat bedarf und für die es reif ist.“ Wissenschaftlich ist also nach dem Anti-Schäffle der „Neuen Zeit“ nur das Erkennen des Vergangenen und Gegenwärtigen („der wissenschaftliche Sozialist studiert, der Utopist spekuliert“, meint er S. 195), wogegen ihm jeder Plan zu einer Neuschöpfung unwissenschaftlich, utopisch ist. Der Architekt, welcher ein Gebäude für den Abbruch reif erklärt, weil es dem Verfall entgegengeht und eines Tages über den Häuptern seiner Insassen einstürzen wird, ist somit „wissenschaftlich“; sobald er aber den Stütz in die Hand nimmt und den Fuß zu einem neuen Bau zeigt, hört er auf, wissenschaftlich zu sein, er wird „Utopist“. Der Erbauer des Suezkanals war offenbar Utopist, als er das Projekt „ausgeführt“; warum hat er nicht gemartet, bis das Meer „auf dem Wege naturgemäßer Entwicklung“ von selber die Landenge von Suez durchbrochen hat. Die Erfinder der Dampfmaschine, der Eisenbahn, des elektrischen Telegraphen und tausend anderer Dinge, was können sie anders gemeint sein, als Utopisten? Die Männer, welche im Fudaballstaat eine Verfassung verlangt und entworfen haben, waren natürlich ebenfalls Utopisten. Freilich wird man alsdann zugeben müssen, daß die Utopie der Kultur von jeder mehr genügt hat, als die Wissenschaft. Woher der Anti-Schäffle diese geistreiche Unterscheidung zwischen Wissenschaft und Utopie hat, weiß ich nicht; aus der Schrift von Engels „Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“ mag er die Worte haben, den Inhalt sicherlich nicht.

Der Anti-Schäffle fällt offenbar in den Irrthum gewisser Leute, welche der Hypothese jeden wissenschaftlichen Charakter abzprechen, und doch hat es kaum einen wissenschaftlichen Fortschritt gegeben, ohne die Hypothese. Bevor eine Theorie induktiv bewiesen wird, findet in der Regel der Forscher zuerst ihre Spuren auf spekulativem Wege (d. h. auf Grund der bislang gemachten Forschungsergebnisse) und erst hernach prüft er deren Haltbarkeit durch Beobachtung und Experiment. Die Lehre von der Revolution der Erde war zuerst Hypothese und erstarkte erst nach und nach durch Beweise zur festen Theorie. Der Darwinismus ist heute noch Hypothese, und nicht minder die Atom- und Aethertheorie, und doch kann die Wissenschaft ohne sie nicht haushalten. Hypothesen, sagt Byron, sind Reize; nur der wird fangen, der auswirkt. Was aber auf theoretischem Gebiet die Hypothese, ist auf dem praktischen das Projekt. Dieses wird nur dann zur Utopie, wenn es Utopistischer baut, den realen Thatsachen und Bedingungen keine Rechnung trägt, die Durchführbarkeit nicht möglich erscheinen läßt. Wenn der Anti-Schäffle sagt, der wissenschaftliche Sozialismus sei „nichts Starres, Feststehendes, ein für allemal Abgeschlossenes, sondern eine Lehre, welche beständiger Entwicklung fähig sei“, so trifft diese sicherlich auch bei jedem vernünftigen Projekt zu. Wenn ich einen Plan zu einem Bau entwerfe, so geschieht es mit dem Vorbehalt, daß wenn ein Anderer einen besseren Entwurf macht, oder ein meinen Plan Verbesserungen vorschlägt, ich meinen Plan aufgeben oder modifiziere. Von selbst aber hat sich in der Kultur niemals das Neue aus dem Alten entwickelt; immer mußten vorher geniale Pläne entworfen werden, die nach mehr oder minder mißglückten Versuchen und allerlei Verbesserungen schließlich zur Durchführung gelangt sind. Sehr richtig sagt Schäffle in seinem „Bau und Leben“ III, S. 547: „Die Sozialwissenschaft hat nicht bloß die realistische Aufgabe, festzustellen, was ist, zu erklären, was bis jetzt wurde, sondern auch die idealistische Aufgabe, mitzubestimmen, was werden soll, welches Werden sollende werden kann.“

Dem Anti-Schäffle selbst scheint es in seiner dogmatischen Distinktion zwischen Wissenschaft und Utopie nicht ganz geübrt gewesen zu sein, er schränkt daher später den Begriff der Utopie wieder ein, indem er sagt, der Utopismus beruhe nicht auf dem objektiven Erkennen der Thatsachen, sondern auf dem subjektiven Bedürfnis eines Einzelnen. Na, damit hat es ja keine Wichtigkeit, aber abhandeln hat er mit seiner Distinktion den Vorwurf Schäffle's eben nicht zurückgewiesen; da ein positives Programm des sozialistischen Zukunftsbaus keineswegs bloß auf dem „subjektiven Bedürfnis eines Einzelnen“ beruhen muß, sondern sehr wohl auf dem „objektiven Erkennen der Thatsachen“ denkbar ist.

Rein, gesehen wir offen, daß Schäffle's Vorwurf insofern nicht ganz unbegründet ist, als in der That die sozialistische Literatur in dieser Hinsicht noch lückenhaft ist, indem ihr ein wissenschaftliches Werk fehlt, worin die sozialistische Gesellschaft der Zukunft in Detailfragen entworfen ist (ohne daß freilich jedes Zeitalter und jeder Einzelne in dem neuen Bau angegeben zu sein braucht). Und diese vorhandene Lücke ist ein sehr wesentlicher Hinderlich für die Propaganda. Die Absurdität unserer wirtschaftlichen Verhältnisse ist ja sehr leicht einzusehen und eine Menge Nichtsozialisten geben die Nachtheile derselben für das Proletariat wie für die Unternehmer und ihre Unhaltbarkeit vollständig zu. Aber sie meinen, es lasse sich das eben nicht ändern, höchstens mit den Hausmitteln der konservativen Privatwirtschaft. Spricht man ihnen von der Umwandlung der planlosen Privatproduktion zur gesellschaftlichen Produktion, so stehen sie verblüfft da, und wenn sie sich von ihrer Beruhigung erholt haben, verdrängen sie die Unabführbarkeit und Unmöglichkeit einer solchen Einrichtung. Unmöglich kann man ihnen in kurzer Zeit ihre hausbackenen Einwände widerlegen, die Durchführbarkeit des sozialistischen Programms klar machen und beweisen, daß in einem sozialistischen Gemeinwesen selbst die Weisheitsbegierigen von heute nur gewinnen werden. Dies einzusehen, dazu gehört ein Abstraktionsvermögen, das nur Wenigen gegeben ist, und auch diese werden erst nach langem Prüfen und Nachdenken auf das Richtige kommen. Die oft habe ich bei solchen Gesprächen ein Werk vermischt, wie ich es meine, auf dessen Studium ich die Betroffenen hätte verweisen können. (Einzig und allein Schäffle's „Bau und Leben“, Neue Ausgabe von 1881, Bd. III, S. 457 bis 547, wäre theilweise dazu geeignet, so daß man den Schäffle der „Kassichslosigkeit“ mit dem Schäffle des „Bau und Leben“ austreiben könnte.)

Immer mußte das Positive mit der Negation Hand in Hand gehen, wenn radikale Reformen allgemein Anlang finden sollten, denn nur das Positive befriedigt.

Schäffle's „Kassichslosigkeit“ ist offenbar ein freiberlicher Hymnus des Arminiers auf die sogenannte Sozialreform ad majorem Bismarckii gloriam und zugleich ein Abschweifen seiner sozialistischen Redereien in „Bau und Leben“, ein Gang nach dem wirtschaftlichen Kanossa. Schäffle möchte eben zu gern wieder ein Fortschrittler haben, und zwar als Minister der Sozialreform von Bismarck's Gnaden. So oft die Nachtheile eine Parole ausgeben, findet sich ein deutscher Professor, welcher derselben ein akademisches Rätchen zurechtshneidert und beweist, daß die Richtung der Regierung die einzig vernünftige ist, sein kann und sein muß (wie seiner Zeit Hegel, der auch [? Red.] demies hat, weshalb es nur vier Planetoiden geben kann, während seitdem über 100 entdeckt wurden). Aber Schäffle ist in seiner Schrift eben auch der Geist, der das Böse will und das Gute schafft. Schon das wird dem Sozialismus zu Gute kommen, daß er sich mit ihm in eine Detaildiskussion einläßt. So lange eine Theorie a limbo verwiesen wird, ist sie in den Augen aller Urtheillosen nicht diskutierbar. Steht man ihr aber Rede und Antwort, so rückt sie dem Interesse und der Beachtung der Massen näher, man prüft die Gegenstände, findet den einen vielleicht hart, den andern dagegen schwach, allmählich findet man auf alle Gegenstände eine Antwort, und nach und nach wächst ihr Ansehen immer mehr. Der überblies Schäffle's Gegenstände unbefangene prüft, der wird bald erkennen, wie wenig stichhaltig sie sind, und sich zugestehen müssen: Wenn gegen den Sozialismus keine triftigeren Gründe vorgebracht werden können, so ist er eben die Wahrheit, und Schäffle selbst im „Bau und Leben“ ist der beste Beweis dafür, denn was er dort gesagt hat, hat hier bloß gelangt, nicht widerlegt. Die in der „Kassichslosigkeit“ vorgelegenen Mittel zur Sozialreform würden der Gesellschaft das Aussehen eines alten Modcs geben, der mit Dutzenden von Lappen und

Lappchen aller Art gekleidet ist; oder eines Stieges, der mit Krüschod, blauer Brille, verbundenem Kopf, bandagiertem Leib, gepflastertem Gesicht, den Arm in einer Schlinge, im Vorhof eines Spitals sitzt und sich sonnt. Die Schrift ist das Testament des von der Todesnähc durchschauerten Kapitalismus. Würde sie vollends einer berufenen Feder die Anregung geben, ein Werk zu schreiben, worin die sozialistische Gesellschaftsordnung klar in Detailfragen entworfen ist, so könnten wir uns über das Erscheinen der „Kassichslosigkeit“ nur freuen.

Wir behalten uns vor, in einer späteren Nummer auf verschiedene Ausführungen des gegenwärtigen Einleiders zurückzukommen, falls nicht der „Anti-Schäffle“ der „Neuen Zeit“ selbst in unserem Blatt das Wort ergreift zur Widerlegung der gegen seine Definition des wissenschaftlichen Sozialismus erhobenen Einwände.)

Sozialpolitische Rundschau.

Berlin, 15. Juli 1883.

— S. A. P. Von den Genossen mehrerer Orte wurde neuerdings der Antrag gestellt, den Parteikongress doch noch im Laufe dieses Jahres zusammenzutreten zu lassen. Die abermalige Abstimmung ergab wiederum eine Majorität gegen den Antrag. Der ausschlaggebende Grund für die Majorität war, daß die Situation sich seit dem ersten Beschluß nicht wesentlich geändert hat. Zur Regelung der Frankfurter Differenzen — was erlaube den vielleicht nicht ganz korrekten Ausdruck, der sich aber durch seine Kürze empfiehlt — bedarf es keines Kongresses, und sonst läßt sich nichts vor, was ein beschleunigtes Zusammenkommen der obersten Parteikongresse notwendig macht. Und ein Kongress kostet unter den jetzigen Verhältnissen sehr viel Geld, welches besser verwendet werden kann. Genossen, die etwa Prinzipienfragen (Programmänderung u. s. w.) auf dem Kongress zu erledigen wünschten, können dieselben einstweilen im Parteiorgan zur Debatte bringen. Dies könnte den Verhandlungen des nächsten Kongresses nur förderlich sein.

— Der zweite Band des „Kapital“ ist nunmehr erschienen; wie man uns mittheilt, sind bereits 700 Exemplare fest bestellt. Auch der dritte Band wird binnen Kurzem herauskommen.

Unsere Herren Nationalökonomien, die schon beim ersten Band gezeigt haben, daß sie nicht lesen können, haben also reichlich Gelegenheit, sich neue Vorbereitungen zu erwerben.

Wir werden in einer der nächsten Nummern versuchen, den Lesern in kurzen Umrissen ein Bild davon zu geben, was der zweite Band dem bietet, der wirklich studieren will.

— Die Verurteilung Lieske's — schreibt man uns aus Frankfurt am Main — steht in direktem Gegensatz mit dem Volksthum, denn wogin man kommt, hört man wie aus einem Munde, daß Lieske ohne jeden positiven Beweis verurteilt worden ist. Vor einigen Tagen hat sich sogar ein Jurist in einer hiesigen Zeitung dahin ausgesprochen, daß die Beweise sehr mangelhaft seien, daß man unter Anderem gar nicht näher auf die Frage eingegangen sei, wie der Mord eigentlich ausgeführt worden. Der Stich befand sich auf der rechten Seite und sei von links nach rechts geführt. Entweder müßte das Opfer von hinten überfallen worden sein, dann sei diese Richtung der Stichwunde möglich, indem dazu gedreht eine größere Person als Lieske, oder aber der Thäter müßte „links“ sein, dann könnte er durch das Ausgleiten des Messers sich auch an derselben Hand verewundet haben, sonst aber nicht. Und dies Alles sei außer Acht gelassen. Der Verhandlung selbst konnten nur Leute mit Eintrittskarten der Wohnung — das bei der sorgsamsten Auswahl das Boll nicht vertreten war, ist selbstverständlich. Doch hätten wir Gelegenheit, selbst aus dem Munde eines solchen Auserwählten hören zu müssen, daß ein Justizmord begangen sei, den er nicht auf dem Gewissen haben möge. — Zwei hiesige Blätter, darunter die „Frankfurter Zeitung“, lauden in der Verurteilung den Spruch des Obergerichts und schlugolgeren: „Wenn man großen Zweifel gegen hätte, daß Lieske der wirkliche Mörder sei, so sei dieser Zweifel durch sein Verhalten nach dem Urtheilspruch beseitigt.“ Was für eine funderbare Gewissensberuhigung!

Unsere Meinung hierüber ist eine andere. Lieske glaubte nicht, daß man ihn zum Tode verurtheilen könne, wenn er auch sicher war, daß ihm wegen Mordbuchs auf den Genarmen und andere Personen, Verbreitung anarchistischer Schriften, wegen anarchistischer „Antriebe“, Führung falscher Legitimationspapiere u. s. w. eine Zuchthausstrafe in Aussicht stand, die einem langsame Tode gleich kam. Verdrängt in seiner Hoffnung, machte sich sein Haß in diesen letzten Aeufnerungen geltend, da er jetzt doch keine Rettung mehr sah.

Sonderbarer Weise finden wir in der „kleinen Presse“ (dem jüngsten Kinde der „Frankfurter Zeitung“, welches seit zwei Monaten hier erscheint und für die „Arbeiter“ bestimmt ist) eine andere Ansicht, als in obigen Blättern. Dasselbe sagt unter Anderem, daß vom Publikum ein anderes Urtheil erwartet wurde u. s. w.

Die Verhandlung fand in dem „Einwandhaus“ statt, einem alten Gebäude, welches einige Tage vom Polizeipräsidenten „nach Dynamit“ unterhauert wurde. Gegenüber befindet sich der Dom, der ebenso wie die umliegenden Häuser von der Polizei gut bewacht war. Vor dem Gerichtsgebäude ritten drei Tage lang fortwährend vier bis fünf Polizisten, die Menge auseinander treibend. Stößen Meiden, selbst in einer ziemlich Entfernung, war verboten. 30 bis 40 Polizisten marschirten hin und her. Viele „Scheime“ machten ihre „Studien“; es wurden solche freilich auch an ihnen gemacht. Sämmtliche Polizisten hatten die Sturmbänder an den Helmen herumgelassen. Es sah recht graulich aus. Im Hofe hielten sechs Mann Militär Wache. Der Gerichtssaal selbst zeigte fast soviel Schupunkte als „Jules“ Publikum. Der Angeklagte wurde jedesmal unter harter Bewachung nach dem Gerichte gebracht; voran ritten zwei Polizisten, dann kam ein Fialer, in welchem der Anklagte mit zwei Wärtern saß, und hinten noch ein Wagen mit Schupkeuten und zwei Kommissären zum Schutz der Rittene. Die Menge geprügelte Aufgebot war nicht durch die Furcht vor einem „Attentat“ veranlaßt, denn dazu hätten schon einige Polizisten genügt. Man wollte dem Publikum bloß Furcht und Schrecken einjagen vor dem gesellschaftlichen Wüther, aber das Volk kannte kein Rumpff! Als der Angeklagte am zweiten Tage Abends herangezogen wurde und in den Fialer einstieg, rief ein Mann aus der Menge: „Die Wache in die Höhe werfend: „Hurrah!“ Die Zeitungen berichten darüber: „In der nächsten Sekunde war er von 20 Polizeihänden an Kraxen gepackt und fortgeführt.“ Das ist nicht übertrieben, denn die warteten schon längst darauf, daß sie einmal etwas zu thun bekommen.

Der Bertheidiger dieses ist ein bekannter nationalliberaler Redner. Ein junger Anwalt, welcher die Bertheidigung vorher abgenommen hatte, wurde von oben herunter unwillig gemacht, weil er sich dem Angeklagten selbst empfohlen haben soll, und will man ihn vor ein Kriminaltribunal stellen. Infolge dieser Unterstellung lehnte der Mann ab. Die Geschworenen, die erst am Tage der Sitzung ausgelost wurden, waren zufälligerweise fast lauter konfessionelle und nationale liberale Männer. Nach den Zeitungen sollten die Namen der Geschworenen deshalb nicht früher bekannt gegeben werden, damit keiner sich vorher entschuldigen konnte. Doch das Volk denkt über die Geheimhaltung anders. Die Majorität für das „Schuldig“ soll sehr knapp sein.

Bemerkenswerth ist noch, daß der Gerichtspräsident die Geschworenen darauf aufmerksam machte, zwischen Anarchisten und Sozialdemokraten bestehe ein großer Unterschied und sie sollten keines nicht verwechseln. Wenn das Rumpff gehört hätte, wüßte er vom Gede aufgeflogen und hätte dagegen protestirt, denn bei jeder Gelegenheit sagte er, daß ein solcher Unterschied nicht bestehe. Und wie denkt der Chef des Herren Gerichtspräsidenten, der Herr Justizminister, darüber? — Es paßte gerade in den Kram.

Am Schluffe der Verhandlung, als man sah, es könnte mißlingen, das Kageoper für Rumpff zu überführen, machte sich in letzter Stunde eine Frau Camphausen, deren „Gewissen“ ihr „keine Ruhe ließ“, wie sie sich ausdrückte (als ob sie durch ihre Aussage einen Menschen vom Tode rettete!), mit ihrer 13jährigen Tochter und gab an, den Ange-

klagten, den sie an seinen Augen wieder zu erkennen glaubte (es war eine dunkle Winternacht), an Rumpff's Wohnung gesehen zu haben, und er sich dort zu schaffen machte. Ihre Tochter jedoch erkannte ihn nicht wieder. Sie gibt an, Lieske habe eine seidene Mütze getragen. Lieber ändern Zeugen sagen, daß sie eine braune Tuchmütze bei Lieske bemerken. Auf ihre Aussage aber legte der Staatsanwalt ganz besonders Werth. Dagegen aber wurden die entlastenden Aussagen des Kaufmanns des Spargeländlers und des Militärbeamten, denen sich zwei andere Personen verdächtig bemerkbar machten, ganz außer Acht gelassen, auch der Bertheidiger benutzte diese Hauptpunkte zu wenig.

Wenn man das ganze Gerichtsverfahren in Betracht zieht, und die Nothwendigkeit voraussetzt, daß der Polizeistaat mit allen Mitteln gemacht werden muß, so darf es uns nicht wundern, daß dieser Prozeß die Erde nahm, wie fast alle politischen Prozesse. Wo der thatsächliche Beweis fehlt, muß der Indizienbeweis sein Schuldigkeit thun. Das Haupt Verleses wird fallen; ob aber hier die Schuldigen so schwer zu finden sind, als bei Rumpff, ist zweifelhaft.

— s. Die Charakterlosigkeit, welche die „Frankfurter Zeitung“ beim Prozeß Lieske an den Tag gelegt hat, wurde uns bereits geübrt. Bekanntlich meinte das hiesige Blatt, bei dem die Freiheit oft den Verstand völlig zu lähmen scheint, die bis zur Urtheilung zweifelhaft gebliebene Schuld Lieske's sei durch dessen Benehmen nach der Verurteilung ungewiss geworden.

Wir haben schon gezeigt, daß dieses Benehmen (ein Rathausbräuer eher für die Ursache als für die Schuld spreche. Und jetzt kommt nun heraus, daß die angeblichen Drohungen und wilden Kräfte der Berurtheilten einfach Einfindungen eines sensationellsten Reporters gewesen sind Lieske hat nach seiner Verurteilung gar nichts gegessen und in seinem Antlitz malte sich bloß Erstaunen über seine Verurteilung, die er, gleich dem größten Theil des Publikums nicht erwartet hatte.

Dieser Versuch der „Frankfurter Zeitung“, dem Justizmord, der die deutschen Reaktionsäre zur Förderung ihrer Ziele bewegen wollen, ein bedeutendes Mitleiden umhängen, ist also schmählich mißlungen.

Wir wollen bloß noch konstatiren, daß der Präsident des „Frankfurter Schwurgerichts“ ausdrücklich und in den deutlichsten Worten erklärte, die Sozialdemokratie habe mit der ganzen Angelegenheit gar nichts zu thun; daß dies aber das Leib- und Schuttblatt des „Eisernen“, die „Norddeutsche Allgemeine“, nicht hindert, das an Rumpff staturte Exempel auf Konto der gesammten Demokratie zu setzen, die Sozialdemokratie natürlich mit inbegriffen. Das „Norddeutsche“ befindet sich schon für die Verlängerung des Sozialistengesetzes vorarbeiten.

— Zur Naturgeschichte amtlicher Inspektions- und Informationsreisen. In der Berliner „Volksweltung“ wußte jüngst ein Korrespondent des Blattes von einer Reise des Herrn Puttkamer durch Westfalen zu berichten, die der Herr Minister unter dem Namen „Land und Leute“ kennen zu lernen. Es war da zu lesen, mit welcher Beschleunigung Puttkamer täglich ein halbes Duzend Dörfer durchwanderte, sich hier beim Frühstück, dort beim Mittag, dort beim Supper anhalten ließ, um schließlich zur Erkenntnis zu kommen, daß Westfalen für das Wohlergehen der Arbeiter Alles gethese, was möglichweise verlangen könnte. Leider, heißt es am Schluß der Korrespondenz, hat der Herr Minister keine Zeit gehabt, um alles das was ihm an dieser eigenartigen Provinz interessiren könnte, mit der geduldrigen Aufmerksamkeit in Augenblicken zu nehmen, und doch wäre es sehr wünschenswerth gewesen, wenn er sich nach der Lage der Arbeiter etwas eingehender erkundigt haben würde. Durch die Entlassungen und Kündigungen, welche in der letzten Zeit stattgefunden haben, ist diese Lage sehr schlecht geworden, und sie wird aller Voraussicht nach in der nächsten Zeit noch viel schlechter werden. Wenn Herr v. Puttkamer noch einmal unsere Provinz als Minister besuchen sollte, so würden wir ihm den Vorschlag machen, seine ganze verfügbare Zeit in ein paar Kreise, etwa in Dortmund oder Bochum, zu verbringen und es sich zu leisten, auch mit den arbeitenden Klassen persönlich in Verkehr zu treten. Dann würde er in wirtschaftlicher und sozialer Beziehung weit mehr lernen, als wenn er die Provinz mit einem glänzenden Gefolge in raschem Fluge durchzieht.

Der Gedanke ist gut, es fragt sich aber nur, ob die Herren lernen wollen, und ob sie überhaupt offene Augen und offenen Kopf haben, um lernen zu können. Wie es in dieser Beziehung oft aussieht, folgende, und von einem Kenner der Verhältnisse mitgetheilt wurde u. s. w. Geschichte:

Jede Regierung hat einen Diätenfonds zur Verfügung, der innerhalb einer gewissen Zeit verweilt sein muß, und an den jeder Beamte nach Maßgabe seines Wirkungskreises partizipirt. So lag einmal, es war das Jahr 1840 herum, für den Präsidenten des Regierungsbezirktes Osnabrück ein Reisegehalt da, das er zweckgemäß verwenden, d. h. verweilt mußte. Wie und wogin, war seine Sache. Der Herr Präsident machte sich also auf, besaß Fährwerk und fährt nach der etwa 10 Meilen von Osnabrück entfernten Domäne Byulien, die ein Oberamtmann Brune in Pacht hatte. Eine solche Spaziersahrt bei schönem Wetter soll ja nicht unangenehm sein. Aber, o Weh, die Familie Brune war gerade in der Nachbarhaft auf Besuch, und der hungrige Präsident mußte, um sich Landesgemäß abstützen zu lassen, die Heimkehr der selben abwarten. Um sich imwischen, es waren natürlich sofort reichliche Boten ausgesandt, die Zeit zu vertreiben, entließ sich der hohe Herr zu dem Unerbittlichen und ging höchstlieblich in die Wohnungen der Jarleute. Als Brune heimkam, ging ihm der Herr Präsident, der, wenn er einen guten Franz erwartete, sehr forschal sein konnte, mit den Worten entgegen: „Freue mich, Herr Oberamtmann, daß Sie Ihre Leute so glücklich gestellt haben.“ — „Herr Präsident, ich hoffe, meine Leute sind zufrieden, aber besser als auf andern Gütern sind sie nicht gestellt.“ — „Nicht! Ich war in den Wohnungen und alle haben Geld.“ — „Geld? Gelegenes Schweigen des Pächters, denn was war da zu sagen? Es würde nun, da die Reise doch einen Zweck haben mußte, ein neugedauter Schulstall beschafft. „Ein schöner, großer Stall.“ sagt der Präsident, „sagen wohl 10,000 Schafe hinein.“ — „Entschuldigen Sie, Herr Präsident, er ist auf 2000 berechnet.“ — „Nicht mehr? er ist doch so hoch! Wieder verlegenes Schweigen des Pächters.“

Mit Bezug auf das Vieh dürfte Herr Puttkamer, als echter Naturhistoriker seinem damaligen Vorgänger „über“ sein, in punkto Arbeiterverhältnisse sein Studium der Arbeiterverhältnisse beim Diner, Sommer und Dejeuner, daß er auf der Höhe der preussischen Bureaukratie steht.

Was haben die Arbeiter überhaupt von dem Urtheil eines Rumpff zu erwarten, der vom Gesichtspunkt eines ostpreussischen Janlers ihre Bedürfnisse beurtheilt!

— Ein Beitrag zur Charakteristik unserer Staats- und Gesellschaftsretter. Was Dresden wird uns geschrieben:

Das Debit unseres neugebenedenen Polizeikommissärs Hofkfel ist bis jetzt recht kläglich ausgefallen. Herr Hofkfel glaubte des Vertrauens, das ihm sein oberster Chef, Herr von Kostitz, Wallwitz durch seine Berufung als Polizeikommissar von Leipzig nach der Landeshauptstadt erwies, sich dadurch würdig erweisen zu sollen, daß er den Sozialdemokraten sofort umfangreiche Kizias nach verbotenen Schritten vornehmen ließ. Leider ohne Erfolg. Sozial Retter er auch durchdrörrte, er fand Alles leer.

Mit Hofkfel und Paul — letzterer rückte an Stelle des verstorbenen Polizeirathes Keller — ist ein würdiges Gespann bei entstanden. Der Esir der beiden in Verfolgung der Sozialdemokratie spricht unseren Wörtern und Spitzbüben eine ungehörte Ehre. Wo einem halben Duzend Nordthäten, die in den letzten Jahren in Dresden vorkamen, wurde nur bei einer der Thäter entbedt, und diesen entbedt nicht die Präsenz unserer Kriminalpolizei, sondern die Geriebendens eines Dienstmannes.

Niemand kann eben zwei Herren dienen. Dem Tag und Nacht die Sozialdemokratie im Kopfe herum pudt und wer auf dieses obde Witz Jagd macht, verliert den Sinn für das gemeine Bild. Ueberdies ist

*) Für diejenigen, denen dieser Ausdruck ungläublich vorkommt, sollte, werden wir in der nächsten Nummer den Beweis erbringen, daß derselbe auch heute — 40 Jahre später — nicht im Widerspruch mit den Arbeiterverhältnissen auf gewissen Gütern Ostpreußens steht.

Herr Polizeirat Paul ein sehr eifriger Rädchensjäger, vor dem keine Reinerin in den Wein- und Bagerisch-Bier-Stuben sicher ist. Bei jeder Gelegenheit der Sozialdemokratie, Abends und Nachts, fängt er an zu rufen: „Herr Paul, dem garteren Geschlecht die Fäden der Tugend und Nächstenliebe. Darum hat er für Diebe und Mörder selbstverständlich keine Gnade übrig.“

Bei solchen Reigungen, verbunden mit einem starken Hang für gute Weine und Biere, ist es begreiflich, daß sehr schöne Gehalt des Herrn Polizeirats, obgleich er unverheiratet ist, nach seiner Seite zu liegen. Herr Paul besitzt Schulden wie ein General, und insbesondere hat es die Wirtin, bei denen er geistig in der Kreide steht. Seine finanzielle Stellung ermöglicht ihm, auf diese einen besonderen Druck auszuüben, und er ist in der Ausnutzung der Vorteile seiner Stellung nicht parat. Er schuldet z. B. bis vor wenig Monaten dem Wirtin des „Stadtpark“ 3000 Mk., und sehr eigenhändig trug der Schuldschein, den der Wirtin besaß, neben der Unterschrift des Herrn Paul diejenige des Polizeidirektors von Schwauß.

Der Wirtin der „Zentralhalle“ pumpte er mit 600 Mark an, die dem Wirtin zur „Stadt Weimar“ verleihte er eine Anleihe von 300 Mk., kam aber bei diesem über an. Ein kleiner Privatmann hat Schuldenverreibungen des Herrn Paul in der Höhe von 6000 Mark im Besitz. Auf die erfolgte Verreibung, wenn er mit der Rückzahlung nicht beginnt, gerichtliche Schritte vorzugehen zu müssen, schreibt er diesem einen kläglich Brief, in dem er denselben beschwört, ihn zu schonen, weil er sonst eine Kugel durch den Kopf jagen müßte. Die auffällige Tatsache, daß jüngere Kriminalbeamten ihre Ämter häufig im Kamecment zu Marktmeistern überholten, wird unter der Leitung des Polizeimeisters selbst dahin ausgelegt, daß die Begünstigten Herrn Paul in ausgiebiger Weise über gewisse Verlegenheiten hinweghelfen werden.

Das ist der Mann, der als „Staatsretter“ in Dresden die erste Seite spielt. Er übt Verfolgungen gegen die Sozialdemokratie aus, nicht weil er sie besonders haßt, sondern er betreibt seine Verfolgungen aus langer Berechnung, weil ihm dies Anerkennung von Ehren und Avancement bringt. Herr Paul ist eine gemeine Strebernatur — mit diesen Worten ist er gekennzeichnet.

Um sich nach oben heben zu können, ist ihm jedes Mittel, auch das kleinste und niedrigste, recht. Das empfindet in besonderer Weise der hier bestehende Volkshilfsverein. Es ist wahr, in diesem Verein sind eine ziemlich Anzahl bekannter Sozialdemokraten Mitglieder, aber der Verein enthält sich ängstlich jeder politischen Parteinahme, so daß ihn das Aufhebungsdekret, das ihm sonst sicher blühte, noch nicht erreichen konnte. Dafür aber muß der Verein alle möglichen politischen Schikanen und Niederträchtigkeiten ertragen. Jede seiner Sitzungen und Zusammenkünfte, die auf die Unterhaltungsabende, ist polizeilich überwacht. Die Professoren und Lehrer, die hierhin kommen, müssen sich angeben und Unterstellungen erdulden oder Strafen zahlen werden nach oben hin benutzten und sind zu ihrem eignen Bedauern schon öfter genötigt gewesen, von ihrer erfolgreichen Tätigkeit zurückzutreten.

So unterstützt man die Bildungs- und Aufklärungsbestrebungen der Arbeiter! Der ganz besonderen Verfolgungsbeise des Herrn Paul hat der Volkshilfsverein in den letzten Wochen zu kosten bekommen. Die Verfolgung, wie das hier seitens aller Vereine üblich ist, ein Sommervergnügen abzuhalten; bis heute vergeblich. So oft der Verein eine Zusammenkunft von einem Wirtin zugibt, erfolgt, so häufig nur wenige Tage, und sie wurde auf Betreiben der Polizeiorgane des Herrn Paul wieder abgebrochen. Das passierte kurz hinter einander dreimal; andere Wirtin schlugen das Geschäft ab, sobald sie den Namen des Vereins erfuhren. Am Sonntag zeigten sich diese gemeinen Polizeimänner in besonders brutaler Weise. Der Wirtin zum „Gambrius“ hatte sein Lokal zugeweiht für diesen Tag, aber Ende der Woche, nachdem der Verein das Lokal schon ansonst hatte, folgte auf polizeiliche Einwirkung die übliche Verfolgung. Die Festgenossen, die Sonntag Nachmittag nach dem Lokal kamen, fanden dasselbe von vier Gensdarmen mit aufgeschloßenem Gewehr und von einem Kriminalwachtmeister und einem Duzend Kriminalwachtmeister umgeben. Es sah aus, als sollte ein drohender Aufruhr unterdrückt werden. Herr Paul und Herr Hofffeld kamen zum Ueberfluß auch noch per Dreifache angefahren, um sich von der gewissenhaften Durchführung ihrer staatsretterischen Anordnung höchst persönlich zu überzeugen.

Wie kleinlich, wie erbärmlich! Und solche Kreie muß das Volk mit seinen Steuern erhalten und füttern! Ein großer Teil der Festgenossen, mehrere hundert an der Zahl, fanden sich im nahen Köttau zusammen und gingen von dort in ein Gartenlokal des nächsten Dorfes. Die größere Hälfte der Polizeimänner folgte und suchte dort den Wirtin zur Intervention zu bewegen, als ein gemischter Chordverein frühlich seine Weisen erschallen ließ. Herr Paul und Herr Hofffeld zogen unterdessen nach einer Weinstube, um sich von den gebasteten Strapazen zu erholen.

Alle diese Vorgänge haben in den Kreisen der hiesigen Genossen große Verwirrung erzeugt, und eine ganze Anzahl haben sich gegenständig erklärt, von jetzt ab dem Treiben der Paul und Genossen gewissenhaft nachzugehen, um dasselbe der öffentlichen Brandmarkung zu übergeben. Wir erwarten, daß auch unsere Vertreter im Landtag und im Reichstag zu geeigneter Zeit diese Brandmarkung übernehmen werden.

Herr Paul auch amtlich sich rücht, das erfährt der oben erwähnte Wirtin zum „Stadtpark“, dem Paul die 3000 Mk. schuldet. Der Wirtin hat häufig Konzerte, und damit die an das Gartenlokal anstoßende Promenade nicht durch Anwesenheit der Passanten unpassierbar wird, werden regelmäßig einige Gensdarmen aufgestellt, welche die Passage freihalten müssen. Der Wirtin muß für jeden der Gensdarmen 2 Mark Entschädigung zahlen. Sobald aber Herr Paul gezwungen war, das Darlehen zurückzugeben, genügt die bisherigen zwei Gensdarmen nicht mehr, es wurden deren sechs nebst einem Wachtmeister aufgestellt, wodurch dem Wirtin die vierfache Kasse zu eruchen. Es bedurfte erst der Beschwerde bei dem Polizeimeister, um diesen Unfug abzustellen. Im Landtag aber erklärt Herr von Kösttz, Wallwitz: Dresden habe zu wenig Polizei, und fordert deren Vermehrung auf Staatskosten. Es geht wirklich recht „gemüthlich“ zu im gemüthlichen Dresden. Später mehr!

— Aus dem Lande der Sibirien. Ganz London, das heißt das ganze respektable London, ist stützlich entrüstet über den Entschluß der „Pall Mall Gazette“ über den schmachtvollen Handel in jenem Menschenfleisch in der Metropole des britischen Reiches. Wohl gemerkt, stützlich entrüstet darüber, daß die „Pall Mall Gazette“ das kanakalische Treiben der Wirtin der „guten Gesellschaft“ zur Sprache gebracht, denn — wie unverständlich, von so etwas zu reden! Und wunderbar, oder vielmehr nicht wunderbar, in dieser Auffassung sekundiert dem honneten England die honnete Festlandpresse. Auch sie ist der Ansicht, daß die „Pall Mall Gazette“ mit ihrer offenen Darlegung der Schändlichkeiten viellecht „mehr Schaden als Nutzen verursachen“ wird. Jeder vergißt sie hinzuzusetzen, wenn aus der Brandmarkung der in der guten Gesellschaft herrschenden Korruption Schaden erwachsen soll. Allerdings, die Dinge, welche das genannte Blatt mit einer Kühnheit, die einem Jola Ehre machen würde, zur Sprache gebracht, sind im höchsten Grade empörend, mögen sie auch nicht weniger als „neu“, mag auch je einmal das „Sensationsblatt“ der Artikel nur darin bestehen, daß hier einmal unumwunden mitgeteilt wird, wie, und was alles das Opfer der Ausschweifung zugeführt werden.

Um dem vor Jahren eingebrachten, aber in den Alterskränken des Parlamentes begrabenem Gesetzesentwurf, der die Grenze des geschlechtlichen Umganges für junge Mädchen von 18 auf 16 Jahre erhöht, mehr Nachdruck zu geben, hat die „Pall Mall Gazette“ eine eigene Untersuchung der Prostitutionsverhältnisse unternommen und die Ergebnisse derselben in ihren Nummern vom 7., 8. und 9. Juli veröffentlicht. Die Enthüllung über dieses kreischliche Beginnen war so groß, daß der Strafenverkauf der betreffenden Nummern wegen — „Unsitlichkeit“ in

hibiert wurde, und die Regierung sich veranlaßt sah, gerichtliche Schritte gegen den Herausgeber des unsittlichen Blattes einzuleiten. Natürlich verhindert die tagendhafte Entrüstung nicht, daß jeder die abschließenden Blätter lesen will, — man hat das Exemplar bis zu 10 Sch. verkauft. Wir können natürlich nicht die ganzen Enthüllungen hier wiedergeben, einige Proben mögen genügen.

Der Berichterstatter hatte ein Intercolex mit den Damen I. und J. — er nennt leider keine Namen, das wäre jedenfalls der Gipfel der Unsittlichkeit gewesen — die beide angelegene Stellungen in der Gesellschaft bekleiden, und viel Geld erworben haben als Lieferanten von Jungfrauen an reiche Wirtin. Sie haben kein Vorbild, sondern liefern direkt in die Wohnung. Sie betreiben das Geschäft offen und ungeheuer, und sind durchaus nicht zurückhaltend in ihren Mitteilungen. Der Berichterstatter: „Man hat mir mitgeteilt, daß die Nachfrage nach Jungfrauen in der letzten Zeit gefahren sei infolge betrügerischer Manipulationen der Kuppler. Der Markt sei mit ungenügend, zusammengekauften (vampod up) Jungfrauen überflutet worden, von denen immer großes Angebot ist, und die Nachfrage nach der echten Waare habe abgenommen.“

„Unsere Erfahrungen sagen und das nicht“ entgegnete die ältere Theilhaberin der Firma, ein außerordentliches Weib, anscheinend (!) durch ihre Energie trotz der Schwächlichkeit ihres Berufs, der noch viel unter dem eines Denkers steht. „Wir geben uns mit unvirtuellen Jungfrauen nicht ab. So lange noch eine solche Menge echter Jungfrauen zu haben ist, ist es nicht der Mühe wert, welche nachzumachen. Der Markt bessert sich, und die Nachfrage wächst. Die Preise sind viellecht etwas im Sinken, aber das rührt daher, daß unsere Waare anjängt, ein Massenartikel zu werden. Dr. — z. B., einer meiner Freunde, der sonst jede Woche eine Jungfrau zu 10 Pf. Sterl. abzunehmen pflegte, nimmt jetzt alle vierzehn Tage drei, das Stück von 5-7 Pf. Sterl.“

„Was!“ rief ich, „Sie versehen einen einzigen Herrn mit 70 Jungfrauen im Jahr?“ „Gewiß“, sagte sie, „und er würde hundert nehmen, wenn wir sie aufreiben könnten. Aber er ist sehr wählerisch, will keine Ladenmädchen und keine unter 16 Jahren.“ „Sie kennen wohl die Gesetze sehr gut?“ „Sicher, das gehört zu meinem Geschäft. Wir können nicht aus den Unannehmlichkeiten heraus, wenn wir uns nicht strikte an das Gesetz halten.“ (Der Berichterstatter „gesetzliche Beg.“) Die Mädchen werden immer vorher gefragt, ob sie verkauft sein wollen. Die wirtin wissen nicht genau, was das ist, noch was die Folgen. Man sagt ihnen, es sei nichts als ein Spiel mit einem Gentleman. Und dafür bekommen sie viel Geld. Am besten, sagte die eine Kupplerin, sind Mädchen von 14-15 Jahren daran zu bringen. Mädchen von 13 sind noch zu sehr unter mütterlicher Obhut, und Mädchen von 16 wirtin schon besser, was ihnen bevorsteht. Dennoch braucht es meist monatelangen Umgang der Kupplerin mit dem Opfer, bis dieses sich bereit erklärt. Ein solches Mittel, namentlich bei Kindern sehr armer Eltern, ist, den Mädchen Vorschuß zur Unterstüzung ihrer Angehörigen zu geben, sie in Schulden zu verstricken, bis sie zur Rückzahlung derselben keinen andern Rath mehr wissen, als sich zu ergeben. Dennoch kommt es sehr häufig vor, daß die Mädchen sich sträuben und gewaltiam um sich schlagen und schreien, wenn es zur wirklichen Veräußerung kommt. In diesem Falle wird regelmäßig Gewalt angewendet. Sehr oft kommt es vor, daß zwei Kupplerinnen das Mädchen niederhalten müssen, während ihm der Gentleman Schwant antut. Die Mädchen kennen die Namen der Kupplerinnen nicht, noch den des Gentleman. Manche der letzteren haben an 3-4 Orten Zimmer zum Verstecken der Prostituirten. Das Mädchen wird im Cab an Ort und Stelle gebracht, dafür geleistet, daß es keinen Anhaltspunkt hat, wenn es fragen wollte. Aber es schweigt aus Scham. Die Kupplerinnen sind in der „guten Gesellschaft“ allbekannt, aber von der haben sie nichts zu fürchten.

Die erwähnte „Firma“ handelt nur mit Jungfrauen — auch eine Art Arbeitsvermittlung. „Wir machen dies in ersten Berührungen“, sagte die eine Kupplerin, „unsere Genossen wollen wirkliche Jungfrauen, keine beschädigten Artikel, und sie sehen dieselben stets nur einmal.“

Das klingt unglücklich, und doch macht sich die „Pall Mall Gazette“ anheischig, den Beweis für die Wahrheit ihrer Angaben anzutreten. „Wir werden“, schreibt sie, „die Personen, von denen wir gesprochen, oder auf welche wir anspielten, als Jungs zu prüfen — vom Erzbischof von Canterbury bis zur Jesuitin (Inhaberin eines Bordells), vom Prinz von Wales bis zum Londoner Rindolau.“

Wir werden bis zum Kupferstein gehen, mögen diejenigen, welche die Grundlagen des Gesellschaftsgebäudes nicht erschüttern wollen, sich vorsetzen, daß sie uns nicht in die Notwendigkeit versetzen, vor einem Gerichtshof Prinzen von Gestalt mit Kupplerinnen, Männer von öffentlicher Stellung mit den Opfern ihrer Lüste zu konfrontieren!

Und der radikale Deputierte Sir Samuel Morley, der kürzlich die Erhebung in den Pairat ausgeschrieben, erklärte vor versammeltem Unterhause, daß die Wahrheit der Enthüllungen der „Pall Mall Gazette“ die Kühnheit derselben genügend entschuldige, er sei bereit, mit wem immer eine Unterstüzung über die Genauigkeit der berichteten Tatsachen zu leisten. Folgenden Brief einer Fernmittlerin an einen Lord besitzt die „Pall Mall Gazette“ im Original: „Bei mir können Sie sich an dem Schreien der Mädchen, in Sicherheit, daß kein Anderer sie hört, ergötzen (enjoy)!“ Das genügt. Die revolutionäre Bourgeoisie benutzte den Hirschart Ludwigs XV., heute ist der Hirschart sein bürgerlich „demokratisch“. Der Prinz von Wales hand in hand mit einem Großhändler aus der City, der sich rühmt, für die Bagatelle von 6000 Pf. Sterl. 2000 Mädchen entjungfert zu haben. Der geschlechtliche Genuß bietet keine Reize mehr, wenn er nicht begleitet ist von den Entsetzungen und Wehklagen eines gemüthlichstigen Kindes!

Die alte Erbsinnung, je degradierter das Weib, je mehr sie höher Begattungsbapparat, und je lästerner und emmerter der Mann, um so größer das Verlangen des letzteren nach der physischen Jungfräulichkeit. In den fürstlichen Häusern wie in den Häusern der Londoner Kuppler wird die Menschenwaare von Ärzten auf ihre Keuschheit untersucht, in London finden sich Ärzte, die sehr gut wissen, warum sie den halb-wüthigen Mädchen die Jungfräulichkeit beschneiden, und die es doch thun, um die Gentlemen vor „Berührung“ zu sichern! Aber — Gott sei Dank! — die Lehren der freien Liebe sind in England fast noch unbekannt, die Umsturzpartei noch schwach, das Ansehen der Kirche noch nicht unterwühlt, somit also die Sitlichkeit noch nicht gefährdet, außer durch so abschließliche Artikel wie die der „Pall Mall Gazette“!

Der Londoner Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ meint zu den Enthüllungen der „Pall Mall Gazette“, die berühten Tatsachen seien, soviel sich von anderer Seite beurtheilen läßt, richtig, doch tragen die Einzelheiten vielfach den Stempel der Hebertreibung.... London ist in diesem Punkte wohl nicht schlimmer als andere Großstädte.“

Wir müssen gestehen, daß es uns sehr sonderbar vorkommt, mit dem Dimmes darauf, daß die Gemeinheit sich nicht auf die oberen Reichtumsklassen in London beschränkt, die Brandmarkung gewissermaßen abschwächen zu wollen. Wir sind nicht in der Lage, zu beurtheilen, inwiefern der Handel mit jungem Menschenfleisch in den anderen Großstädten entwickelt ist, was speziell Berlin anbetrifft, so ist uns nur bekannt, daß der „hochselige“ Prinz Karl von Preußen sich die Konfirmation der Dreifaltigkeitstafel von seinen Subjekten jureiben ließ. Es mag aber wohl sein, daß das erlauchtere Hohenzollernbeispiel in den Kreisen, wo die Lokalität die höchste Bürgerpflicht ist, Nachahmung gefunden hat. Im Allgemeinen gilt Berlin als die Stadt, wo der Kultus der Gonnede zur höchsten Blüthe gelangt ist, dem es an einem allerhöchsten Beispiel — fast hätten wir gesagt Protektor — ja auch nicht fehlt. Die „Börse“ im Cafe Bauer erfreut sich einer internationalen Berühmtheit.

Woher aber alle diese Erforschungen? Die Ergrünerung der Verdrückung des Geschlechtstriebes inner- und außerhalb der Ehe erklärt im Grunde nur die Nachfrage nach der „gewöhnlichen“ Prostitution, für die Eier nach Vergewaltigung halb-wüthiger Mädchen zc. liegt die Ursache wo anders. Es ist die Frucht unserer ganzen gesellschaftlichen Entwicklung. Auf der einen Seite nimmt die Zahl der Reichen, die durch Roth und Glend gezwungen sind, sich zu verkaufen, mit jedem Tage zu, und nirgends ist sie so groß als in England, nirgends findet sich, neben den privilegierten Gewerkschaften,

ein so vollkommenes, unterwürdiges Proletariat, nirgends mögen sich daher auch so viele Eltern finden, die ihre Kinder schon im zartesten Alter auf den Markt der Prostitution schicken. Auf der anderen Seite häufen sich die Mittel, Reichen zu kaufen, allen Lüste zu schöhnen, immer mehr in einzelnen Händen an, der Genuß macht blüht, das Bewußtsein der Herrschaft übermüthig, und so wird die Schändung mehrerer Proletariatskinder zum Sport der Heidenjöhne der Bourgeoisie, zu einer stehenden Einrichtung des Kapitalismus.

Hoffentlich läßt das reinigende Schmelzen nicht mehr lange auf sich warten, das die Welt von dieser Pest-Atmosphäre befreit.

— Brüder in Christo. Herr Stöder geht mit Riesenschritten seiner Heiligpredigt entgegen. Zu den Ovationen ohne Zahl hat sich eine impulsive Demonstration geübt — etliche Hundert der „besten Männer im Staat und in der Gesellschaft“, darunter eine stattliche Zahl von Reichstags- und Landtagsabgeordneten, z. B. die braunen Hammerstein, Reichthum, Puttkamer-Blauh, Hartmann, Anselm, Kropatschek und andere Ehrenmänner der gleichen Kategorie. Der Hartmann ist der bekannte sächsische Staatsanwalt, der sich die Lehren seines Vorgesetzten, des famosen Generalsstaatsanwalts Held, jedenfalls gut zu Herzen gemacht hat. Im Ganzen sind es an die 300 — Eideshelfer, nannte man's ja früher. Heute muß es heißen: Reineideshelfer.

Der Byzantinismus aus in deutschen Reich treibt immer herrlicher Blüten. Jetzt wissen die Blätter wieder als außerordentlichen Zug von der Betät des deutschen Kaisers zu erzählen, daß er an seinem Teuring und einem Harring mit übergroßer Liebe hängt, und ganz unglücklich war, als er dieselben vor Kurzem von den Finjerna herunter verloren hatte. Als ob das bei allen Leuten etwas Besonderes wäre! Aber das Schöne kommt noch. Damit ihm das Unglück nicht öfter passire, läßt sich der alte Wilhelm den Hofjuwelier Remde kommen, der die Ringe enger machen soll. „Herr Remde“, heißt es in der Notiz, die zur Erbauung des Denkersolltes die Kunde durch die wohlgeleitete deutsche Presse macht, „empfang die Ringe aus des Kaisers eigener Hand (wunderbar!), welcher dieselben in ein Stückchen Papier gewickelt hatte und am liebsten gehen hätte, wenn die Reparatur gleich in Schosse in seiner Gegenwart vor sich gegangen wäre. Selbstverständlich entwickelte der Hofjuwelier die denkbar größte Eile, um mit seiner Arbeit zu Stande zu kommen und die verengerten Ringe dem Monarchen zurückzuliefern. Als Reliquie behielt sich aber Herr Remde das kleine Stückchen Papier zurück, in welches des Kaisers Hand die Ringe gewickelt hatte, und das nun als Kleinod in der Familie des Juweliers aufbewahrt wird.“

So wörtlich zu lesen in den „Dresdener Nachrichten“ und ähnlichen Blättern, im Jahre des Heils und der Kufflarung eintausend achtundachtzigundachtzig! Wenn das so fortgeht, dann ist sicher auch die Zeit nicht mehr fern, wo gewisse andere Papiere nach allerhöchstem Gebrauche als kostbare Kleinodien gesammelt und an besonders verdiente Unterthanen veräußert werden. Dreimal beglückt der Inhaber einer solchen kaiserlichen — Reliquie!

— „Die Krone Karls des Großen“. Wir wollen hier keine Geschichtsvorlesung halten, sondern bloß an eine Tatsache erinnern, die in jedem Schul-Geschichtsbuch verzeichnet ist, und sie mit einer anderen Tatsache in Verbindung bringen, die jetzt in den deutschen Zeitungen zu lesen ist. Die erste Tatsache ist, daß Karl der sogenannte Große sich mit Blut und Eisen ein Reich zusammenerobert hat, welches das heutige Frankreich, Italien, Deutschland sammt Oesterreich, nebst Holland und anderen kleineren Ländern und Landestheilen umfaßte. Dieses ganze Gebiet, das nach dem Tode des Blut- und Eisennannes zusammenfiel (wie dies das Loos der Schöpfungen aller Blut- und Eisennanner ist), stand unter der „Krone Karls des Großen“.

Und nun die zweite Thatsache. Es hat sich dieser Tage eine Familie oder „ein Haus“ gefunden, dem „die Krone Karls des Großen“ angehört. Befagtes „Haus“ ist das verdaulichkeftige „Haus der Hohenzollern“. Und von wem erfahren wir das? Von „unserem Fritz“, alias dem „liberalen Kronprinzen“, der es seit einiger Zeit für notwendig hält, die Welt daran zu erinnern, daß er auch da ist und Luft hat, einmal deutscher Kaiser zu sein. Also der ungeliebte Erbe des „Haus der Hohenzollern“ sagt uns, daß sein „Haus“ die „Krone Karls des Großen“ gehört. Da anzunehmen ist, daß der Erbe des „Haus der Hohenzollern“ die Schul-Geschichtsbücher gelesen hat, so müssen wir aus seiner Keuperung den Schluß ziehen, daß er glaubt, das „Haus Hohenzollern“ sei „berechtigt“, über alle diejenigen Länder und Landstriche zu regieren, die einst der „Krone Karls des Großen“ unterstellt waren. Darnach müssen wir darauf gefaßt sein, daß „unser Fritz“, sobald er die „Krone des Großen“ auf dem Haupte hat, sofort mit dem herrlichen Kriegsheer ausziehen wird, um Frankreich, Italien und was sonst noch fehlt, unter die „Krone Karls des Großen“ zu bringen.

Der sollte der „liberale Kronprinz“ doch vergessen haben, was er in seinen Schulbüchern über Karl den „Großen“ gelesen hat? In der Geschichtsliege pflegen die Fürsten nicht stark zu sein.

— Gegen den Militarismus spricht sich die Offenbacher Handelskammer in ihrem letzten Jahresbericht entschieden aus: sie erklärt darin — was ja auch ganz richtig —, daß die Arbeitsfähigkeit des Volkes und die Produktion schwer unter der langen Dienstzeit zu leiden haben. Die Offenbacher Handelskammer denkt dabei natürlich in erster Linie an die geschwächerten Profite der Herren Arbeitgeber. Trotzdem freut es uns, daß sie der Wahrheit die Ehre gegeben hat. Leider gähnt aber oft zwischen Theorie und Praxis eine breite Kluft. Und der nämliche Handelskammersekretär, der jenes Gutachten verfaßt hat, war bei der letzten Reichstagswahl, wo er gegen Liebknecht kandidierte (Schloßmannscher Reichstag), ein wüthender Verteidiger des Militarismus mit allem, was drum und dranhängt, und stempelte seinen sozialdemokratischen Gegner zum Landesfeind, weil derselbe den Militarismus bekämpfte.

Ein Glück, daß die Inkonsequenz nicht gesundheitschädlich ist. Woher bekommen wir sonst das Geld für all die Hospitäler?

— Ein Soldatenschilder gekündigt. Wir lesen in den Zeitungen: „In Würzburg wurde der Unteroffizier B. der zweiten Kompagnie des Trainbataillons in der Nacht zum Sonntag von einigen Ranzern am Dreifrontenthor unter dem Rufe: „Du bist Derjenige, der die Rekruten so schindet!“ überfallen und durch 16 Hiebe und Stöße auf Kopf, Rücken und Brust mit Messer und Schlagring detari verletzt, daß er nur mit Unterstüzung einiger Radwähler nach dem Lazareth gelangen konnte, wo er gefährlich krank darniederliegt.“

Mag für Nanchen als Warnung dienen! — Warnung vor Warnungen. Der „Sozialdemokrat“ ist in der letzten Zeit wieder reichlich mit Warnungen bedacht worden, und es hat auch nicht an Fällen gefehlt, wo solche Warnungen zurückgenommen werden mußten. Wir geben daher gerne einer Stimme Raum, welche mit Rücksicht auf einen bestimmten Fall den Genossen dringend empfiehlt, doch nur da zu dem Mittel öffentlicher Ausschreibung zu schreiten, wo eine solche als unbedingt notwendig erkannt ist. So wurde in Nr. 27 von den Genossen Brandenburgs der Berliner Ausgewiesene Pötting an den Pranger gestellt. Der Schreiber, gleichfalls aus Berlin ausgewiesen, lennte Pötting als einen sehr ehrlichen Genossen, er selbst sei durch ihn zum Sozialisten bekehrt worden, habe wiederholt mit ihm gearbeitet; er gibt auch zu, daß Pötting zum Tadel sehr geneigt sei und daher auch wohl eine falsche Anklage erheben kann, aber er glaube nicht, daß Pötting etwas gesagt habe, was uns in der Öffentlichkeit schadet. Es sei doch eine übertriebene Empfindlichkeit, da gleich mit öffentlichen Ausschreibungen vorzugehen, man sollte nur bedenken, daß durch solche Ausschreibungen Leute von Ehrgefühl geradezu zur Verzweiflung getrieben werden können. Die Reaktion kann sich im Prinzip mit diesen Ausführungen nur einverstanden erklären, mit Bezug auf den einzelnen Fall ist sie natürlich nicht in der Lage, zu beurtheilen, ob eine Warnung notwendig ist oder nicht. Sie muß sich da auf das Urtheil und das Tathgefühl der Genossen am Ort verlassen. Wie die Dinge heute liegen, ist die Grenze, wo eine Ausschreibung gerechtfertigt ist oder nicht, sehr schwer zu ziehen, im Allgemeinen sollten nur notorisch ehrlose Subjekte zur öffentlichen Kennzeichnung gelangen, überhaupt aber die Ge-

